



**Ausschussdrucksache 21(22)85
vom 24. November 2025**

Stellungnahme Stella Leder

zu TOP 1 der 11. Sitzung am 3. Dezember 2025

Deutsch-israelische Kulturbeziehungen / Antisemitismus im Kulturbereich

INSTITUT FÜR NEUE SOZIALE PLASTIK

Stella Leder, Stellungnahme Kulturausschuss des Bundestages, 3.12.2025

Als gemeinnütziger Verein erhält das Institut für Neue Soziale Plastik Förderungen der öffentlichen Hand; Auskünfte zum Jahr 2025 gem. § 70 Absatz 6, Satz 3 der GO-BT finden Sie bitte in der Fußnote.¹

Antisemitismus wird in Kulturinstitutionen und künstlerischen Kontexten oft nicht erkannt, jüdische Künstlerinnen und Künstler werden marginalisiert und diskriminiert. Nach dem 7. Oktober 2023 haben sich in Teilen des Kulturbetriebs antisemitische Diskurse verfestigt, Boykottbewegungen haben mittlerweile in unterschiedlicher Form auch in Deutschland Fuß gefasst. Es ist notwendig, diesen Herausforderungen kulturpolitisch zu begegnen, wenn man verhindern möchte, dass sich diese Tendenzen weiter verfestigen.

Die heftigen und konfrontativen Auseinandersetzungen über Antisemitismus, Boykott und Israel haben dazu geführt, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck einer Dichotomie entstanden ist, in der sich Akteurinnen und Akteure des Kulturbetriebs auf der einen und Kritiker von Antisemitismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Das *Institut für Neue Soziale Plastik* versteht sich seit seiner Gründung 2015 als interdisziplinäre Plattform für Kunst, künstlerisch-historische Forschung, Dialogformate und Kulturberatung an der Schnittstelle zu Antisemitismuskritik – und deshalb als Mittler in den Debatten. Aus unserer Arbeit wissen wir, dass es jenseits der medialen Auseinandersetzungen zahlreiche Kulturinstitutionen sowie Künstlerinnen und Künstler gibt, die differenziert mit Antisemitismus umgehen, die Auseinandersetzung nicht scheuen und mit israelischen Kulturinstitutionen sowie israelischen Künstlern zusammenarbeiten. Der Fokus auf die inzwischen zahlreichen Skandale um antisemitische Vorgänge innerhalb des Kulturbetriebs schenkt diesen Auseinandersetzungen jedoch wenig Beachtung. Das spiegelt sich auch politisch: Es gibt wenige Angebote zur Unterstützung für diejenigen Institutionen, die sie führen.

Anreize und Strukturen schaffen, die den Austausch in den Künsten fördern

Die Thematik des Kulturausschusses ist komplex: Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen sind vielschichtig, sie lassen sich nicht allein mit den Schlagworten Boykott oder Antisemitismus fassen. Im Oktober 2025 hat das Institut für Neue Soziale Plastik die Studie „Resonanzen. Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen. Bestandsaufnahme, Trends, Empfehlungen“ herausgegeben. Die Bestandsaufnahme stellt existierende und funktionierende kulturelle Beziehungen zwischen Deutschland und Israel dar. Auf Grundlage des erweiterten Kulturbegriffs des Auswärtigen Amts wurden unterschiedliche Bereiche des Kultauraustauschs untersucht.² Ernüchternd ist, wie wenig Austausch es in den Künsten gibt. Die Befunde in diesem Bereich legen die Befürchtung nahe, dass Kooperationen und der künstlerische Austausch zum Erliegen kommen könnten. Es braucht deshalb

¹ Bundesmittel zu anliegenden oder verwandten Themen erhält das Institut für Neue Soziale Plastik im Jahr 2025 vom Bundesbeauftragten für Jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, sowie vom BMBFSFJ (Programm „Demokratie leben!“).

² <https://neue-soziale-plastik.de/de/publikationen/resonanzen-die-deutsch-israelischen-kulturbeziehungen/>

INSTITUT FÜR NEUE SOZIALE PLASTIK

dringend kulturpolitische Anreize, die den Austausch fördern. Die Studie belegt, dass in anderen Bereichen wie Wissenschaft, Jugend und Bildung etc. Strukturen etabliert werden konnten, die den Austausch zwischen deutschen und israelischen Partnern kontinuierlich fördern. Für den Kultauraustausch in den Künsten fehlen bislang jedoch vergleichbare Finanzierungen und Strukturen.

Boykott und Antisemitismus

Zur Thematik von Antisemitismus und Boykott gehören nicht nur deutsch-israelische Kulturbeziehungen, sondern ebenso die Frage, wie diese hier vor Ort auf Kulturinstitutionen wirken und welchen Einfluss sie auf die Arbeitsmöglichkeiten jüdischer und israelischer Künstlerinnen und Künstler haben.

Kulturinstitutionen und Veranstaltungsorte geraten unter Druck, wenn sie mit israelischen Künstlerinnen und Künstlern zusammenarbeiten. Zunehmend betrifft dies nicht „nur“ israelische, sondern auch jüdische Künstlerinnen und Künstler, die keine Israelis sind. Den Kulturinstitutionen fehlt es oft an Ansätzen, um Boykottmaßnahmen und Antisemitismus richtig einzuordnen und damit umzugehen. Kulturinstitutionen fühlen sich bislang häufig – verständlicherweise – allein gelassen mit den Herausforderungen. Es mangelt bundesweit an Projekten und Angeboten, die Antisemitismus und Boykott in kulturellen Kontexten adressieren und Institutionen beraten können. Ausdrücklich empfohlen wird daher, entsprechende Angebote auf Ebene der Länder und des Bundes einzurichten.³

Die Gründe für Absagen, von denen israelische Kulturinstitutionen, Festivals und Künstlerinnen und Künstler berichten, sind vielfältig. Sie bewegen sich von offenem Boykott, Anfeindungen, Angriffen und Störaktionen über stillen Boykott bis hin zu Sorgen vor negativen Konsequenzen. Letzteres hat nicht zwangsläufig mit ideologischen oder politischen Gründen zu tun. Viele Häuser fürchten schlichtweg erhöhte Sicherheitskosten, Kritik von Kolleginnen und Kollegen, Shitstorms und öffentliche Debatten. Wenn Institutionen eine Zusammenarbeit aus der Sorge heraus meiden, andernfalls selbst von Boykott, Protest oder Anfeindungen betroffen zu sein, sprechen wir von sekundärem Boykott.⁴ Dies alles hat zur Folge, dass noch weniger israelische Künstlerinnen und Künstler für Kooperation eingeladen werden und dass keine neuen Beziehungen entstehen – dies in einer Situation, in der die Anzahl aktiver Kooperationen ohnehin überschaubar ist.

Auffällig ist die – teils erhebliche – Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung seitens deutscher Kultureinrichtungen und den Erfahrungen israelischer (bzw. jüdischer) Künstlerinnen und Künstler. Das Institut koordiniert seit 2020 ein bundesweites Netzwerk israelischer, jüdischer und antisemitismuskritischer Künstler. Hintergrund seiner Gründung war auch die Debattenlage zu Boykott, die sich nach der nicht bindenden BDS-Resolution des Deutschen Bundestages 2019 verschärfte. Seit dem 7. Oktober 2023 berichten (fast) alle israelischen, und unterdessen auch die jüdischen Künstler von Boykott, Einschüchterungsversuchen und Antisemitismus, den sie erfahren. Auch nichtjüdische Künstler, die sich solidarisch mit ihren jüdischen Kolleginnen und Kollegen zeigen,

³ Zurzeit gibt es in zwei Bundesländern – Bayern und Berlin – Projekte, die sich mit Antisemitismus, Boykott und Kultur befassen. Transparenzhinweis: Träger ist in beiden Fällen das *Institut für Neue Soziale Plastik*.

⁴ *Institut für Neue Soziale Plastik (Hg.): Kunst und Konformismus. Aktuelle Debatten über Antisemitismus im Kulturbetrieb.* Redaktion: Stella Leder. Berlin: 2023. Online unter: <https://neue-soziale-plastik.de/de/publikationen/kunst-und-konformismus>, S. 111 ff.

INSTITUT FÜR NEUE SOZIALE PLASTIK

sagen, dass sie Kontakte verlieren. Darauf angesprochen, reagieren Leitungen vom Kulturinstitutionen häufig überrascht; von Boykottaufrufen in ihren Kontexten haben sie oftmals keine Kenntnis.⁵

Eine Wahrnehmungsdiskrepanz von Antisemitismus ist dabei durchaus typisch⁶. Auch in der Beratung von Kulturinstitutionen stellt das *Institut für Neue Soziale Plastik* immer wieder fest, dass Antisemitismus nicht wahrgenommen wird. Sogar in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit spielen die spezifischen Eigenheiten von künstlerischem und kulturellem Antisemitismus und seiner Funktionen eine untergeordnete Rolle – mit Ausnahme der medialen Skandale um offene Briefe und ähnliche Vorgänge. Deshalb empfiehlt es sich, die verschiedenen Spielarten von Antisemitismus in künstlerischen Werken und Kontexten zu adressieren, um der Wahrnehmungslücke von Antisemitismus im Kulturbereich entgegenzuwirken. In diesem Kontext braucht es also deutlich mehr Expertise, um verantwortliche Mitarbeiter von Kulturinstitutionen programmatisch und künstlerisch zu befähigen, Antisemitismus in ihrem Arbeitskontext zu erkennen und ihm entgegenzuwirken.

In Ergänzung existierender Beratungsangebote sollten also unabhängige Angebote gefördert werden, die sich dem Themenfeld Antisemitismus in Kunst und Kultur widmen und sich an Künstlerinnen, Künstler und Kulturinstitutionen richten. Die Angebote sollten auf die spezifischen Herausforderungen einzelner Sparten und Formen eingehen, Probleme künstlerischer Praxis adressieren und inhaltlich verschiedene Formen von und Debatten über Antisemitismus thematisieren.

Debatten zu Antisemitismus in den Kulturbetrieb hinein verlegen, nicht „von Außen“ führen

Die Zurückdrängung von Antisemitismus und Boykott im Kulturbetrieb wird nicht gelingen, solange sie ohne den Kulturbetrieb selbst und „von Außen“ geschieht. Thematische, auf unterschiedliche Sparten, Organisationsformen und Zielgruppen zugeschnittene Ausschreibungen zu Antisemitismus, auf die sich Kulturinstitutionen, freie Gruppen und Künstler bewerben können, könnten dabei unterstützen, den Diskurs in kulturelle Einrichtungen hineinzuverlagern. Themen für künstlerische oder institutionelle Auseinandersetzung könnten zum Beispiel sein: Erforschung der Rolle von Kulturinstitutionen im NS, historische Kontinuitäten im Kulturbetrieb seit 1945, Geschichte des Antizionismus in der BRD und der DDR. Auch Ausschreibungen zum Umgang mit Antisemitismus in Literatur, Theater, Bildender Kunst usw. könnten Institutionen und freie Künstler, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen wollen, unterstützen. Es würde ein Beitrag dazu geleistet, dass Antisemitismuskritik und künstlerische Praxis verbunden werden können.

Jüdische, israelische und antisemitismuskritische Perspektiven bei der Besetzung von Jurys und Findungskommissionen berücksichtigen

Kulturverwaltungen delegieren Förderentscheidungen und die Besetzung von Leitungspositionen oft an Kommissionen und Jurys. Die Delegation von Verantwortung stärkt durch staatsferne Entscheidungen die Kunstreise. Da auch die Jurymitglieder häufig Förderempfängerinnen und -

⁶ Der 2014 vom Bundestag eingesetzte, unabhängige Expertenkreis Antisemitismus stellte 2017 eine allgemeine Wahrnehmungsdiskrepanz zwischen Betroffenen von Antisemitismus und der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft fest. Siehe auch: https://www.bundestag.de/resource/blob/503206/antisemitismusbericht_pressemitteilung.pdf

INSTITUT FÜR NEUE SOZIALE PLASTIK

empfänger sind und/oder eigene Netzwerke fördern wollen, entstehen unter Umständen jedoch wechselseitige Abhängigkeiten, was die Gefahr eines subtilen Konformitätsdrucks erhöht. Sprich: Gehört eine feindliche Haltung gegenüber Israel in Kultureinrichtungen zum guten Ton, schlägt sich dies u. U. eben auch in den entsprechenden Jurys und Kommissionen nieder. Auch jenseits des Problems der Abhängigkeiten ist fraglich, ob Jurymitglieder, die Boykottaufrufe unterstützen oder öffentlich Verständnis dafür äußern, Bewerbungen mit israelischer Beteiligung neutral bewerten.

In den Diskussionen über Diversität in Gremien und Jurys, die in den letzten Jahren geführt wurden, sind jüdische, israelische und antisemitismuskritische Perspektiven eine Leerstelle geblieben. Sie sollten ebenfalls berücksichtigt werden.

Über Zugehörigkeit und Identität allein wird sich das Problem allerdings nicht lösen lassen. So ist eine Quote für jüdische oder israelische Künstlerinnen und Künstler in Jurys und Findungskommissionen allein zahlenmäßig nicht umsetzbar. Daher gilt es, neue Wege zu finden: So könnte man bei der Besetzung auf Expertise zu jüdischer und israelischer Kultur achten.

Jüdische und israelische Künstlerinnen und Künstler fördern

Da es allgemein, auch aufgrund der massiven Boykottbewegungen, an Sichtbarkeit jüdischer und/oder antisemitismuskritischer Positionen, Perspektiven und Werke innerhalb des Kulturbetriebs fehlt, sollte es Förderprogramme geben, um langfristig die Arbeit antisemitismuskritischer und jüdischer Künstlerinnen und Künstler zu fördern und sichtbar zu machen.

Um die Sichtbarkeit von Arbeiten jüdischer und/oder israelischer Künstlerinnen und Künstler sowie von Werken, die sich mit den Themen Judentum, Israel, Antisemitismus und Schoa befassen, zu erhöhen und Vernetzung zu ermöglichen, sollte ein entsprechender Produktionsort für bildende und darstellende Künste eingerichtet werden.

Fazit

Nach dem 7. Oktober 2023 gab es nicht nur Boykottaufrufe, Störaktionen sowie verbale und physische Gewalt – sondern auch ein echtes Entsetzen in Kultureinrichtungen und unter Künstlerinnen und Künstlern über das grausame Massaker an israelischen Zivilisten und den massiven Anstieg von Antisemitismus in Deutschland. Überall bemerken wir eine mehrfache Unsicherheit: im Umgang mit Boykott, bei Fragen der Positionierung, aber vor allem den Mangel an unterstützenden Strukturen. Hier, so sind wir überzeugt, liegt eine Chance. Das *Institut für Neue Soziale Plastik* plädiert für die Einrichtung von Strukturen, an die sich Institutionen mit ihren Fragen wenden können – weil wir wissen, dass der Bedarf groß ist und viele Institutionen diese Unterstützung brauchen und auch suchen. Bedingung ist, dass solche Angebote freiwillig sind. Was aus unserer Sicht dringend ansteht, ist Folgendes: Positives verstärken, Vorbilder schaffen und denjenigen, die sich mit Antisemitismus auseinandersetzen und/oder Beziehungen mit israelischen Kulturinstitutionen und Künstlern knüpfen wollen, dafür Unterstützung anbieten.